

# Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 4

April 1955

5 Pfennig

## Howaldtswerke werden verschleudert

Die Auseinandersetzung um den Verkauf der Howaldtswerke ist in die Endphase getreten, nachdem der Bürger-Senat in Hamburg dem Verkauf an die Dortmund-Hörder-Hüttenunion, die sich mit rd. 50 % beteiligen will, an die Siemens-Schuckert-Werke und die Norddeutsche Bank, mit je 25 % Beteiligung, seine Zustimmung gab. Ein SPD-Antrag, der sich gegen den Verkauf aussprach, wurde mit den Stimmen der Block-Fraktion in der Bürgerschaftssitzung vom 24. März abgelehnt.

Wenn dieser Verkauf perfekt werden sollte, ist eine Katzbalgerei der westdeutschen Schwerindustrie und ausländischer Börsenjobber, die seit 1951 im Gange war, beendet. Als 1945 die Werkkumpels darangingen, die Trümmer zu beseitigen, als sie sich dagegen wehrten, daß demontiert und die Helgen gesprengt werden, da dachte kein Onassis, Stinnes und wie die Industriearbäre allesamt heißen, die Werft zu „reprivatisieren“. Doch keine sechs Jahre später, als die unprofitable Dreckerarbeit geleistet worden war, kamen die ersten Finanzmanager, um den fetten Bissen zu verschlingen.

Die Umstellung auf DM der Werke Hamburg und Kiel, die damals noch nicht getunt waren, erfolgte auf der Basis von 30 Mill. gegen 20 Mill. RM. Der tatsächliche Wert wurde aber auf 60 Mill. geschätzt. Eine amerikanisch-deutsche Käufergruppe wollte rd. 30 Mill. zahlen, was freilich schon damals ein sehr gutes Geschäft gewesen wäre. Die Entwicklung der Betriebe stand indes nicht still. Die „Welt“ vom 27. Dezember 1954 schrieb:

„Das gesamte Anlagevermögen ist zu rd. 78 % mit Eigenkapital finanziert und mit 22 % durch langfristiges Fremdkapital.“

Dies bezieht sich auf das Hamburger Werftgelände, die Kieler Betriebe wurden getrennt, um auch anderen Interessengruppen die Sache leichter zu machen. Trotz dieser Teilung ist der Hamburger Teil bedeutend mehr wert, als die Herren Kapitalisten zahlen wollen, sonst wär's ja auch kein Geschäft. Der Kaufpreis beträgt rd. 23 Mill. DM. Er liegt weit unter dem wirklichen Wert, denn inzwischen hielt die Aufwärtsentwicklung der Werke nicht an.

Die Beschäftigtenzahl stieg wie folgt: 1949 2500 Mann, 1951 zwischen 5000 und 7800, Ende 1954 rd. 9000 Arbeiter. Als sich 1951/52 die ersten Finanzhyänen einfanden, war es die Hamburger SPD, die den Verkauf ablehnte, jedoch unter gewissen Bedingungen dazu bereit war. Es waren 1951/52 aber auch Stimmen bei den deutschen Reedern und Industriellen vorhanden, die sich zwar nicht gegen den Verkauf an sich wandten, aber gegen das Verkleben an „ausländische Interessengruppen“, wodurch deutsches Kapital die glänzende Gelegenheit entgängen wäre. Obwohl beim SPD-Senat damals Neigungen bestanden haben sollen, einen Teil der Werke durch die Stadt kaufen zu lassen, hat der SPD-Senat mehr das Interesse der

westdeutschen Bourgeoisie gewahrt als das der Arbeiter. Appetit war nämlich bei der deutschen Industrie vorhanden, nur fehlten einige Goldzähne im Gebiß, um den Brocken zu schnappen. Ueber die Zerschlagung der Verkaufsverhandlungen berichtete damals die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 29. August 1952:

„Das Scheitern dürfte seine Ursache auf dem internationalen Markt und der Kostengestaltung innerhalb der westdeutschen Werftindustrie haben. ... die gestiegenen Eisenpreise und höhere Lohnsätze ...“

Nachdem dann die wirtschaftliche Stabilisierung einsetzte, ging es auch mit den Werken flott vorwärts. Die Investitionen konnten zu 55 % über die Abschreibungen finanziert und 1952/53 5 % Dividende gezahlt werden.

Ein Vergleich mit der Produktion der besten Vorkriegsjahre der gesamtdeutschen Werftindustrie zeigt, was durch Rationalisierung und Einführung neuer Arbeitsmethoden heute aus den Werftkumpels herausgeholt wird. 1938 wurden 300 000 tdw ausgestochen, 1953 waren es etwa 700 000 tdw. Der Braten ist also noch viel fetter geworden.

Die Dortmund-Hörder Hüttenunion, die als „Käufer“ der Howaldtswerke auftritt, ist die größte westdeutsche Stahlproduzentin. Sie wird nach ihrer Ausgliederung aus dem Vereinigte-Stahlwerke-Konzern von einer holländischen Gesellschaft beherrscht, die der einzige Großaktionär der Dortmund-Hörder Hüttenunion ist und deren Kapital zu 60 % in der Hand niederländischen Privatkapitals liegt. Aufsichtsratsvorsitzender der Dortmund-Hörder Hüttenunion ist Herr Hermann Abs, der die Kleinigkeit von 29 Aufsichtsratsposten bekleidet, wovon 10 als Vorsitzender und weitere 4 als stellvertretender Vorsitzender. Dieser Herr ist der Vertrauensmann ausländischen Kapitals in Westdeutschland. Er vertritt amerikanisches, englisches, französisches, belgisches und holländisches Kapital, und zwar besonders in maßgeblichen Sektoren der Grundstoffindustrie. Gleichzeitig ist Herr Abs ein Vertreter der ehemaligen Deutschen Bank, deren drei Nachfolgebanken er u. a. im Aufsichtsrat einer holländischen Bank vertritt. Und eine dieser drei Nachfolgebanken der Deutschen Bank heißt ... Norddeutsche Bank, von der wir sehen, daß sie eine Viertelbeteiligung der Howaldtswerke erhalten soll.

Der Howaldtswerkeverkauf läuft also darauf hinaus, die Frucht schwerster Wiederaufbauarbeit der Werftkumpels an deutsches und ausländisches Finanzkapital zu verschauern, das einerseits an den Profiten der Werftindustrie interessiert ist, andererseits seinem Dortmund-Hörder Stahlwerk einen festen Abnehmer von Schiffblechen sichern will.

Die SPD versuchte auf der Sitzung vom 24. März den Bürger-Block mit „wirtschaftlichen Argumenten“ zu überzeugen, dem Verkauf nicht zuzustimmen. Was die SPD vergißt, ist, daß die Bürgerblockabgeordneten Ver-

treter des Kapitals sind. Wenn sie nicht spüren, werden sie unter Druck gesetzt. Der Bourgeoisie gute Ratschläge geben, sie soll auf Profit verzichten. „Damit die Wirtschaft keinen Schaden nehme“, ist kindlicher Unsinn, denn kapitalistische Wirtschaft ist Profitmachen. Daß sich die Herren Abs, P f e r d m e n g e s usw. darauf verstehen, haben sie bewiesen. Auf die „wirtschaftlichen Argumente“ der SPD pfeifen die Bank- und Schlottbarone ebenso wie auf die sozialdemokratischen Papierabstimmungen. Würden die Arbeiter aufgerufen, der Verschleuderung von Staatsvermögen entgegenzutreten, sähe die Sache sofort anders aus.

### Hamburg: Steigende Not — ein gutes Geschäft

Es muß schon ein einträgliches Geschäft sein, wenn sich die Zahl der Pfandhäuser auch im letzten Jahr um weitere 4 auf 43 erhöhte. Die wachsende Inanspruchnahme der Pfandhäuser zeigt aber auch die steigende Not, unter der die Menschen leiden, die nur auf eine schmale Rente oder Unterstützung angewiesen sind. Straft doch diese Tatsache all jene Lügen, die im Westen von Freiheit, sozialer Sicherheit und ähnlichem mehr reden. Mit der Freiheit meinen sie, auch noch aus der Not der Aermsten, die nichts mehr besitzen, nicht einmal eine verkaufbare Arbeitskraft, da sie ihnen keiner abnimmt, Profit schlagen zu dürfen.

Die staatlichen Pfandhäuser vereinnahmten bei 177 215 Verpfändungen 534 513 DM Gebühren. Hinzu kommt noch der Ueberschuß aus den Versteigerungen mit 118 952 DM. Bei den privaten Leihhäusern ist ein Vergleich nicht möglich, da hier vorsorglich keine Zahlen angegeben wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Privatpfandhäuser den Leihenden etwas schenken. Rechnet man den gesamten Darlehensbetrag auf die Bevölkerung um, so ergeben sich pro Jahr und Kopf:

	Leihbetrag:	Verfallsquote:
1951	= 6,34 DM	7,1 %
1952	= 7,80 DM	6,9 %
1953	= 8,72 DM	8,9 %
1954	= 9,24 DM	10,0 %

Verpfändet wurden 1 042 881 Stück, die eine Summe von 16 047 877 DM erbrachten. Das Durchschnittsdarlehen je Pfand betrug 15,39 DM. Doch wurde bei 46,9 % der Pfänder nur ein Darlehen von 1—10 DM und bei 25,3 % 11—20 DM gegeben. Bei den staatlichen Anstalten waren 42,0 % der Pfänder Wertgegenstände. Bei den privaten sind es Bekleidungsstücke, die am meisten beiliehen wurden. Dies zeigt, welche soziale Schicht durch die zwingende Not zu diesen Aasgeiern getrieben wird. Er ist der Maßstab unserer „sozialen Sicherheit“. Bei diesen Instituten von der „Bank des kleinen Mannes“ zu sprechen, ist eine Verhöhnung der Aermsten der Bevölkerung. Tut dies eine sogenannte Arbeiterzeitung — umso schlimmer.

### Salzgitter-Metall: Neuwahl der Ortsverwaltung

In der ersten Vertreterversammlung der IG Metall am 12. März im Speisesaal der Gießerei konnte man neben vielen alten auch einen großen Teil neuer Delegierte feststellen. Erfreulicherweise waren die jüngeren Kollegen stärker vertreten als in den letzten zwei Jahren.

Aus dem Geschäftsbericht des Koll. Busch war zu entnehmen, daß trotz einer kleinen Steigerung der Mitgliederzahl die Periode der Stagnation noch nicht zu Ende ist. In Bezug auf Frauenarbeit sei in den vergangenen zwei Jahren einiges geleistet worden, führte Kollegin Döhling aus. Interessant war ihr Hinweis auf die reaktionären Bestrebungen bürgerlicher Kreise, die nichts unversucht lassen, ein „Pflichtjahr“ für die schulentlassenen Mädchen anzustreben. So hat die Schneiderinnung in Schaumburg-Lippe beschlossen, kein Lehrling einzustellen, das nicht mindestens eine einjährige Tätigkeit im Haushalt oder in der Landwirtschaft nachweisen kann. Mit dem Kassenbericht wurden die Tätigkeitsberichte der Ortsverwaltung abgeschlossen.

In der anschließenden regen Diskussion wurde eine bessere Betreuung der Ortsabteilungen gefordert. Ein anderer Kollege wies auf den sogenannten Deutschen Arbeiterverband hin und betonte, wenn dieser zur Zeit noch keine Gefahr darstelle, so müsse man dieser Gesellschaft auf die Finger sehen. Des weiteren wurden Fragen wie die 40-Stundenwoche, Sozialleistungen und der Reuech-

Proteststreik angeschnitten. Koll. Söchtig sprach zu den nächsten Aufgaben der Ortsverwaltung. Danach soll versucht werden, in allen Betrieben einen Angestelltenrat zustande zu bringen. Der Funktionärkörper müsse noch streifer organisiert werden. Auf 20 bis 25 Kollegen soll ein Vertrauensmann gewählt werden. Diese Funktionäre müßten in Wochenendkursen geschult werden. In seinen weiteren Ausführungen machte Koll. Söchtig auf die offenen Bestrebungen zur Privatisierung bundeseigener Betriebe aufmerksam. Die von ihm angeführten Beispiele, auf die wir noch zurückkommen werden, lassen erkennen, daß gerade die Arbeiter und Angestellten unseres Gebietes alle Ursache haben, diese Bemühungen nicht aus dem Auge zu verlieren, um sich rechtzeitig zur Wehr setzen zu können.

Nach dem Schlußwort des Koll. Busch wurde die alte Ortsverwaltung in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Auf Antrag des Koll. Worm wurde die Ortsverwaltung um zwei Besitzer erweitert und ein Kollege der FAMAS und ein junger Kollege der SMG hinzugewählt. Als Delegierte zu Bezirkskonferenz der IG Metall, Niedersachsen, wurden die Koll. Söchtig, Döhling und Busch gewählt.

Die neue Ortsverwaltung und die Delegierten stehen in den nächsten zwei Jahren vor vielen Aufgaben. Hoffen wir, daß in ihrer Tätigkeitsperiode die Organisation weiter vorwärts kommt.

### Wiederbelebungsversuche der DAV

Der „Deutsche Arbeiterverband“ (DAV) hatte in Salzgitter für den 19. März zu einer Gründungsversammlung aufgerufen. Wenn auch dem Ruf nur wenige, die an der Gründung dieser Organisation interessiert waren, gefolgt sind, ist der Verlauf der Tagung nicht ganz ohne Interesse für die organisierte Arbeiterschaft.

Obwohl das Thema „Arbeitsplatzbewertung“ behandelt werden sollte, ging der Ersatzreferent mit keinem Wort auf dieses Thema ein, sondern stammelte 20 Minuten lang konfus und zusammenhangloses Zeug daher. Angehend vom „rein nationalen Standpunkt“, brachte er die alten Ladenhüter über den DGB vor. Es handelte sich um marxistische Gewerkschaften. Man müsse zu der berühmten „Betriebsfamilie“ kommen, was heißen soll, zu einer echten Partnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft. Dies sei zu erreichen, indem die Arbeiter durch sogenannte Kleinaktien zum Mitigentümer an den Betrieben würden. Erst dann wäre die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der deutsche Arbeiter etwas zu verteidigen habe. (Nachtigall, hör' dir trampeln!)

Wie schrieb doch Hitler in seinem „Kampf“? Um dem deutschen Arbeiter Nationalbewußtsein beizubringen, muß man (schein-)sozialistische Forderungen aufstellen.

Bei Hitler waren die „sozialen“ Forderungen nicht Selbstzweck, noch sind es die Forderungen des DAV nach Mitigentum. In beiden Fällen soll den Arbeitern Sand in die Augen gestreut werden, um sie leichter vor den Kriegskarren zu spannen. Die Auffassung des Herrn Rademachers: „Der Streik solle nur in äußersten Fällen in Anwendung kommen“, ist bezeichnend für das unternehmerfreundliche Gewäch dieses famosen Arbeitervertreters.

In der Diskussion schimpfte ein Herr Gebhard auf den DGB und den Betriebsrat der Hütte, mit denen er „Praktik reden“ wolle. Hoffentlich hat der gute Mann sich nicht übernommen. Kollegen der IG Metall gaben dem Referenten und auch Herrn Gebhard die richtige Antwort. Sie geißelten den DAV als das, was er ist, als eine Spalterorganisation im Interesse der Unternehmer. Besonders Koll. Kleinhorn antwortete auf die „marxistische Diktatur“ des Betriebsrats der Hütte mit der treffenden Gegenfrage, ob denn alle sich um Arbeit in der Hütte reißen, weil sie unter die Kräfte dieses verhassten marxistischen Betriebsrates wollen oder ob nicht der Grund der sei, daß sie in der Hütte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorfinden?

Nach Schluß der Diskussion verließen die Kollegen der IG Metall die Versammlung. Ein Bäckerdarrend, meistens ehemalige ERP-Mitglieder, blieb zurück.

Es gibt einen großen Teil gewerkschaftlicher Kollegen, die der Meinung sind, man solle diesen lächerlichen Haufen nicht so wichtig nehmen. Das ist nur sehr bedingt richtig. Als Gewerkschaftsorganisation wird der DAV auf absehbare Zeit nicht gefährlich werden können, wohl aber als Sammel- und Organisationszentrum geheimer Unternehmungsknechte. Deshalb heißt es hier: Wehret der Anfänge.